

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1869

12.12.1869 (No. 292)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 12. Dezember.

N. 292.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Großherzogthum, Briefträgergebühr eingeschlossen, 4 fl. 6 kr. u. 2 fl. 3 kr. Einrückungsgebühr: die gespaltene Zeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei. Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1869.

Amtlicher Theil.

Seine königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 8. Dezember d. J. allergnädigst bewogen gefunden, dem Kanzleivorstand der königlich preussischen Gesandtschaft am Großherzoglichen Hofe, Hofrath Heinrich Schwarz, das Ritterkreuz zweiter Klasse Allerhöchsthies Ordens vom Zähringer Löwen zu verleihen.

Nicht-Amtlicher Theil.

Telegramme.

† Darmstadt, 11. Dez. Abgeordnetenkammer. In Beantwortung der Interpellation über die süddeutsche Banf erklärt die Regierung, die Konzession sei nur zur Emission des dreifachen Betrags des dormalen eingezahlten aktiven Kapitals bewilligt. Abg. Dümont stellt den Antrag, die Kammer möge Protest einlegen und die Ertheilung der Erlaubnis für verfassungswidrig erklären.

† Wien, 10. Dez. Ein Entlassungsgeheiß des Ministers ohne Portefeuille, Dr. Berger, ist vom Kaiser nicht angenommen, und es steht also fest, daß das gegenwärtige Kabinett ohne jede Ausnahme vor den Reichsrath treten wird.

† Wien, 11. Dez. Beide Häuser des Reichsraths hielten heute ihre Eröffnungsitzungen. Im Herrenhaus bezieht der Präsident Fürst Auersperg in seiner Eröffnungsrede als oberste Aufgabe des Reichsraths den Schutz der Verfassung und betont die Nothwendigkeit der fortgesetzten Schwankungen; höchste Pflicht sei nunmehr Ausdauer.

† Florenz, 10. Dez. Wie von unterrichteter Seite versichert wird, hat der Abg. Sella, nachdem er mit dem General Giabini eine Besprechung gehabt, die Bildung eines neuen Ministeriums übernommen.

† Paris, 10. Dez. Nach lebhafter Diskussion genehmigte der Gesetzgeb. Körper die Wahlen der Abgg. Monier, Sigeranne, Drome.

† Paris, 11. Dez. Der „Figaro“ berichtet, der Justizminister habe eine Note an Hrn. v. Banneville, Vertreter Frankreichs in Rom, gerichtet, worin erklärt werde, die Unfehlbarkeitsfrage sei in religiöser Hinsicht inopportun, und in politischer entbinde sie Frankreich von den Kontroverspflichtungen.

† St. Petersburg, 10. Dez. In der vom Kaiser bei der Verleihung des St. Georgen-Ordens an den König von Preußen gehaltenen Rede heißt es: „Ich habe diesen wichtigen Tag besonders ausgewählt, um dem König Wilhelm die erste Klasse des Georgen-Ordens zu verleihen, weil uns nicht nur Verwandtschaft, sondern auch persönliche Freundschaft verbindet, und ich die tiefste Verehrung für ihn fühle.“

† Petersburg, 11. Dez. Das „Journ. de St. Petersburg“ dementirt die Gerüchte über den Gesundheitszustand Gortschakoffs als unbegründet; der Fürst habe seine regelmäßige Thätigkeit ununterbrochen fortgesetzt.

† London, 10. Dez. Die Regierung proklamirte Angesichts einer bevorstehenden Demonstration der Orangisten in einem Theil der Grafschaft Londonderry den Belagerungszustand.

Deutschland.

Gotha, 6. Dez. (Weim. Z.) Von Seiten unserer Regierung findet jetzt eine Revision des Volksschulgesetzes auf Grund der seither mit letzterem gemachten Erfahrungen statt, bei welcher Revision namentlich die Stellung der Lehrer eine besondere Beachtung finden soll. Die Lehrer der Volksschulen haben deshalb nach einem gemeinschaftlich gefaßten Beschlusse mit einer Petition an die Regierung sich gewendet, worin sie neben anderen Postulaten auch das einer Gehaltsaufbesserung aufstellen, für welche letztere auf das im Großherzogthum Weimar bestehende Verhältniß verwiesen wird.

Dresden, 10. Dez. Ein Dekret der Regierung fordert 500,000 Thaler für den Aufbau des Hoftheaters. Die Deputirtenkammer beharrte in ihren Beschlüssen bezüglich der Synodalordnung, des Patronatsrechts und der Landgemeindevahlen.

Braunschweig, 8. Dez. Heute ist die zweimal vertagte Landesversammlung wieder zusammengetreten.

Hannover, 19. Dez. In der heutigen Abend Sitzung der hannoverschen Synode theilte der Vorsitzende mit, daß auf Allerhöchsten Befehl die Synode am 13. d. M. geschlossen werden wird.

Berlin, 9. Dez. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde zunächst der Etat der hohenzollerischen Lande mit einem Antrage auf Einführung der Kommunal-Landtage und Vereinfachung der Verwaltung an-

genommen. Der Etat der Verwaltung der Staatseisenbahnen führte darauf zu mehrstündigen Verhandlungen, namentlich auf einen Antrag auf Vorlegung des Vertrages der Köln-Mindener Eisenbahn. Ein Antrag v. Sybel's, jenen Antrag der Budgetkommission zu überweisen, wurde abgelehnt, und der Antrag auf Vorlegung des Vertrages angenommen. Die Vorberathung der einzelnen Etats ist damit heute zu Ende gebracht.

Berlin, 10. Dez. Abgeordnetenhause. Der Antrag Miquel's und Vasser's, die Ausdehnung der Kompetenz des Norddeutschen Bundes auf das gesamte bürgerliche Recht betreffend, wurde in zweiter Berathung mit großer Majorität angenommen. Die Petition, die Aufhebung der Zeitungsteuern betreffend, wurde der Regierung zur Berücksichtigung überwiesen. Der Regierungskommissar erklärte, die Regierung beabsichtige die Steuer aufzuheben, sobald die Finanzlage es gestatte.

Berlin, 10. Dez. Gestern Nachmittag veranstaltete der Minister des Innern, Graf zu Eulenburg, ein Diner, zu welchem sämtliche Mitglieder des Staatsministeriums eingeladen waren. Auch Graf Bismarck nahm daran Theil. Von neuem wird heute versichert, es sei nicht zu erwarten, daß Graf Bismarck sich an den Landtagsverhandlungen über das Konsolidationsgesetz betheiligen werde. Ist auch sein Gesundheitszustand jetzt ein im Ganzen günstiger, so hat er doch auf ärztlichen Rath noch wesentliche Rücksichten der Schonung zu beobachten. Namentlich erfordert die in Folge des Brunnenrinkens ihm verordnete Nachkur wenigstens für einige Wochen noch sein fernbleiben von allen anstrengenden und aufregenden Beschäftigungen. Vor den Weihnachtsferien wird der Ministerpräsident wohl keinesfalls in einem oder dem anderen der beiden Häuser des Landtags erscheinen. Ob er nach Neujahr an den Verhandlungen theilnehmen werde, ist auch noch fraglich. Die Aerzte haben ihm schon im Anfang des Herbstes gerathen, sich möglichst von der jetzigen Landtagssession überhaupt fern zu halten. Dagegen wird Graf Bismarck, wenn nicht störende Zwischenfälle eintreten, als Bundesständer den Beratungen des norddeutschen Reichstages beizutreten. Die Verhandlungen sind im parlamentarischen Kreise die Majorität, welche im Abgeordnetenhause für die Annahme des Konsolidationsgesetzes bereits als gesichert zu betrachten ist, aus der Mehrheit der Konservativen, aus der Gesammtheit der Freikonservativen und aus fast allen Mitgliedern der national-liberalen Fraktion. Nur fünf oder sechs Genossen dieser letzteren Fraktion unter Führung des Abg. Vasser bekämpfen die Vorlage des Finanzministers, während einige Mitglieder des linken Zentrums zur Unterstützung der Vorlage geneigt sein sollen. Als die Seele der konservativen Opposition gegen dieselbe wird der frühere Finanzminister v. Bodelschwingh bezeichnet.

Oesterreichische Monarchie.

Cattaro, 9. Dez. Ein Theil der hier stationirten Kriegereskadren soll demnächst nach Pola abgehen.

Rumänien.

Bukarest, 7. Dez. (N. Fr. Z.) Die Fürstin hat dem Ministerpräsidenten Demeter Ghita einen Fonds von 10,000 Fr. zur Verfügung gestellt, von deren Zinsen (die landesüblichen Zinsen sind hier 10 Proz.) alljährlich am 24. Nov., als dem Tage ihrer Ankunft in der Hauptstadt des Landes, vier arme Mädchen in Bukarest und vier in Jassy mit nützlichen Geschenken bedacht werden sollen. Die rumänische Bank hat ihre Wirksamkeit begonnen. Das Grundkapital der Gesellschaft beträgt 25 Mill. Fr., eingetheilt in 5000 Aktien zu 500 Fr. Die Dauer der Konzession ist durch kaiserliches Dekret auf 35 Jahre bestimmt.

Schweiz.

Bern, 7. Dez. Im Ständerathe hat heute die Berathung des Budgets für 1870 begonnen, welches nach dem Voranschlage des Bundesrathes 22,201,500 Fr. Einnahme und 22,531,500 Fr. Ausgabe, also ein Defizit von 330,000 Fr. zeigt. In Betreff der Frage, wie die Deckung des Defizits vorzunehmen sei, hat sich der Bundesrath schon bei Anlaß der Vorlage des diesjährigen Budgets, welches ebenfalls ein Defizit von mehr als 1/4 Million aufweist, ausgesprochen. Seine Ansicht ging damals dahin, es sei die Ueberprüfung über Aufbringung weiterer Geldmittel zu verschieben, bis das Rechnungsergebnis wenigstens annähernd bekannt sei. Bei dem gegenwärtigen Stande der Einnahmen und Ausgaben ist nun aber im laufenden Jahre für die Eidgenossenschaft nicht nur kein Defizit, sondern ein, wenn auch nicht großer, Einnahmeüberschuß zu erwarten, sofern nicht etwa noch vor Jahreschluss ganz unvorhergesehene, auf die Finanzen nachtheilig einwirkende Ereignisse eintreten. Unter solchen Umständen glaubt der Bundesrath, es sei kein Grund vorhanden, nach vermehrten Einnahmen zu forschen, bevor das Defizit wirklich zur Wahrheit geworden ist.

Bern, 10. Dez. Die Bundesversammlung hat sämtliche Mitglieder des Bundesrathes für die achte Amtsperiode wiedergewählt. Ruffly wurde zum Bundespräsident, Dubis zum Bundes-Vizepräsident für 1870 gewählt.

Bern, 11. Dez. (Sch. M.) Zum Präsidenten des Bundesgerichts wählte heute die Bundesversammlung im ersten Wahlgang Josef Weber von Luzern. Zum Vizepräsidenten wurde erst im 5. Wahlgang Dr. Blumer von Glarus ernannt. Er konfirirte mit Vigier von Solothurn.

Italien.

Florenz, 6. Dez. (Itz. Ztg.) Robbia und seine Mitverurtheilten haben das von ihnen eingereichte Kassationsgesuch zurückgezogen. In der dabei abgegebenen Erklärung wird dieser Schritt damit motivirt, daß er der Entscheidung der Kammer, ob er als Deputirter überhaupt ohne vorhergehende Ermächtigung hätte verfolgt werden können, nicht vorgreifen wolke.

Rom, 6. Dez. (Sch. M.) Wenn in gewöhnlichen Zeiten Rom schon voll Geistlicher war, so wimmelt es jetzt von geistlichen Würdeträgern aller Art, von Mönchen und allen möglichen Klosterbrüdern. Die Bischöfe sind alle natürlich nicht allein hierher gekommen, sondern umgeben von einem mehr oder minder zahlreichen Gefolge. An diesem ihrem Gefolge sind die betreffenden Bischöfe denn auch sofort zu erkennen. Die Straßen Roms zeigen das bunteste Getreibe. Da fährt ein Bischof dahin, umgeben von 4 oder 5 Mohren, dort wandert einer mit einem reich gekleideten spanischen Gefolge; hier sieht man wieder das ungarische Nationalkostüm, dazwischen durchwandert das römische Landvolk in seinen malerischen Trachten; vor dem Madonnabild an der Ecke steht eine Gruppe von Bisserrari, die der Madonna ihr Ständchen bringen, und von der andern Seite her kommt eben eine Prozession in Form einer religiösen Bruderschaft, voraus das goldene Kreuz und dann im Zuge hinterher, ihren einformigen Rhythmus singend, eine lange Reihe Vermummter in rothen Kutten und mit blauen Kapuzen über die Köpfe gezogen, in welchen nur für die Augen kleine Oeffnungen gelassen sind. Dazwischen drängen sich dann wieder die eleganten Equipagen der römischen Fürsten und Herzoge und die zahllosen Fremden aller Nationen, die eben hier sind. Dieß mag ein ungefähres Bild von dem Treiben auf den Straßen hier geben, nicht bei irgend welcher besondern Gelegenheit, sondern das ist jetzt das gewöhnliche Bild. Die Straßen sind zum größten Theil nun vollständig hergerichtet, zwei der rechten Seitentrepellen von St. Peter sind zugemauert, wodurch leider der Eindruck dieser wunderbaren Kirche etwas gestört ist. In der Mitte der einen Kapelle ist der päpstliche Stuhl unter einem Baldachin aufgerichtet und in ovaler Form um die Kapelle herum eine Tribüne in der Art eines Amphitheaters aufgeschlagen. Die Tribüne ist mit Teppichen belegt und die Stufen derselben dienen, statt Bänken, als Sitze für die Bischöfe. Die zweite gleichfalls vermauerte Kapelle, bietet eine Reihe von Gemachen dar zur Benützung für die Bischöfe. So sitzt nun die stolze Kuppel von St. Peter ein Buffet unter ihrem Schutze und noch alles mögliche Andere.

Rom, 9. Dez. Die gestern vom Abg. Passavolli gehaltene Eröffnungsrede des Konzils bot nichts besonders Erwähnenswerthes dar. Der Papst sprach in einer kurzen Homelie seine Freude aus, das Konzil am bestimmten Tage zu eröffnen und zu sehen, daß die Bischöfe zahlreicher als je nach Rom geeilt seien, um Allen den Weg Gottes zu lehren und mit dem Papst und unter dem Schutz des heil. Geistes die falsche menschliche Wissenschaft zu richten, eine Sache, die niemals nothwendiger gewesen sei, als eben jetzt, denn die Verwörung der Gottlosigkeit sei ausgedehnt, stark, organisiert und verstecke sich hinter die Maske angeblicher Freiheitsbestrebungen; aber — fuhr der Papst fort — es ist nichts zu fürchten, denn die Kirche ist härter als der Himmel selbst (sic); indessen ist es Zeit, gründliche Mittel gegen die gegenwärtigen Uebel anzuwenden. Pius IX. verlangt, daß die Bischöfe mit ihm daran arbeiten, die Ruhe der Klöster, die Ordnung der Kirchen und die Disziplin der Geistlichkeit zu sichern. Er schließt mit einer Anrufung des heil. Geistes, der Jungfrau, der Engel und Erzengel, der Apostel Petrus und Paulus und aller Heiligen. — Die nächste Session ist auf den Tag Epiphania (den 6. Jan.) festgesetzt. Man wird dort die bis dahin in den Privatkongregationen des Konzils ausgearbeiteten Dekrete votiren und verkünden.

Frankreich.

Paris, 10. Dez. Gesetzgeb. Körper. In der Versammlung wurden heute diplomatische Aktenstücke vertheilt, welche das Konzil, das ottomanische Nationalitätsgesetz, die egyptischen Kapitulationen, die europäische Donaukommission, die tunesische Angelegenheiten und Japan umfassen. Bezüglich Deutschlands sagt die Darlegung:

Die Lage des Norddeutschen Bundes und der Elsaßstaaten habe keine merkliche Aenderung erfahren. Die Fragen, welche die deutschen Kabinette seit einigen Jahren beschäftigen, haben uns keine Ursache gegeben, aus der Reserve herauszutreten, welche wir während der Umgestaltung der Dinge jenseits des Rheins beobachtet haben. Unsere Beziehungen zu Deutschland sind stets freundschaftlicher Natur gewesen.

In Betreff der egyptischen Kapitulationen heißt es: Im Einverständnis mit dem Kabinett von London, haben wir in Konstantinopel eröffnet, daß die Zustimmung zu der von dem Kabinett vorgeschlagenen Enquete keineswegs die Absicht einschließt, irgend

ein Abkommen ohne die türkische Regierung oder im Gegensatz zu den Rechten des Sultans zu treffen.

Paris, 10. Dez. Die „Patrie“ widerlegt das Gerücht, daß die Kaiserin nächstens eine Reise nach Rom machen werde. Zugleich tritt das Blatt gewissen gehässigen Gerüchten über die Kaiserin entgegen, namentlich denen, welche von dem Einfluß derselben in Sachen der Politik sprechen. Sie sagt: „Wir sind im Stande zu behaupten, und zwar in der bestimmtesten Weise, daß die Kaiserin beabsichtigt, sich mehr als je von der Politik fern zu halten.“

Der „France“ zufolge wird ein neues parlamentarisches Programm angekündigt, das von etwa 20 Abgeordneten abgefaßt ist, welche, ohne mit dem rechten Zentrum gemeinsame Sache zu machen, dennoch wünschen, nicht unbillig mit der Rechten verbunden zu sein. Die Kronbeamten, die neulich ihre Entlassung gegeben haben, stehen an der Spitze dieser Bewegung.

Man versichert, daß die Rede des Hrn. v. Forcade in den Tuilerien die höchste Anerkennung gefunden hat, und daß seine Stellung als Minister des Innern gesicherter ist denn je; ja man halte dort das Ministerium jetzt überhaupt für vollkommen konsolidiert und eine Modifikation für unnötig.

Die Börse ihrerseits hat sich heute über die gestrige Rede des Hrn. v. Forcade durch das Steigen der Rente ausgesprochen. Man kann daraus abnehmen, welchen günstigen Eindruck es auf die Geschäfte machen würde, wenn ein kräftiger, kategorischer Entschluß zu rascher Ausführung käme. Die Physiognomie des Marktes hat die nämliche Beseitigung wie seit einigen Tagen. — Rente 73,07 1/2, Cred. mob. 212,50, ital. Anl. 54,85.

Portugal.

Lissabon, 9. Dez. Der König hat die Demission des Marschalls Herzog von Saldanha vom Gesandtschaftsposten in Paris angenommen. Die Manifestationen der letztern Tage und das Ansehen des Marschalls Saldanha bei der Armee lassen befürchten, daß einige militärische Kundgebungen in Portugal vorkommen werden.

Großbritannien.

London, 9. Dez. Eine Demonstration gegen das Konzil wurde am Eröffnungstage hier von der Anglo-Continental Society veranstaltet, um die Grundzüge der Reformation auf dem Continent zu fördern. Das ist nämlich auch der Zweck, den sich die Gesellschaft gesetzt hat. Aus der zahlreichen Schaar der Anwesenden erwähnen wir den Bischof von Ely als Vorsitzenden, sowie die Bischöfe von Lincoln und Western, New-York und den Bischof-Primas von Schottland. Das Parlamentsmitglied Beresford-Hope war ebenfalls zugegen und der anglikanische Klerus hatte ein starkes Kontingent gestellt. Der Bischof von Lincoln beantragte, von seinem schottischen Mitbruder unterstützt, die erste Resolution, daß die Einheit der christlichen Kirche nur durch Rückkehr zu den Grundzügen der ersten Christen, nicht aber durch die Unfehlbarkeitserklärung eines einzigen Oberhauptes zu erzielen sei. Der Bischof von New-York schloß zu dem zweiten Resolution vor, die sämtlichen christlichen Kirchen möchten engereint den Angriff der katholischen Kirche sich entgegenstellen. Beide Beschlüsse wurden einstimmig angenommen.

Die Frist, in welcher die Policeinhaber der Lebensversicherungs-Gesellschaft Albert ihre seit dem 14. August eingezahlten Prämien auf Verlangen im vollen Betrage zurück erhalten können, ist auf Ansuchen der offiziellen Liquidatoren vom Neujahrstage bis zum 30. März nächsten Jahres verlängert worden.

London, 10. Dez. Die „Times“ theilt mit, daß kommende Woche die Subskription der türkischen Anleihe stattfindet.

Ägypten.

Ein Korrespondent der „Köln. Ztg.“, welcher die feierliche Eröffnung des Suez-Kanals mitgemacht hat, faßt sein Urteil über die praktische Bedeutung desselben in seinem gegenwärtigen Zustand für den Verkehr in folgenden Worten zusammen:

Es wäre eitle Illusion, zu glauben, daß die Durchfahrt der 49 Dampfer dem Kanal das Zeugnis ausgestellt habe, er sei nun fix und fertig, um seiner großen Bestimmung übergeben zu werden. Was mein erster Bericht angedeutet, heute kann es mit aller Bestimmtheit, gestützt auf den Augenschein, auf die Aussagen von Sachmännern, Seeleuten und Ingenieuren, ausgesprochen werden: wie der Kanal heute ist, mag er allenfalls dem Personenverkehr und dem Binnenhandel genügen; für den großen Weltverkehr ist er noch nicht reif. Schiffe mit größerem Tonnengehalt können den Kanal von heute in seiner Totalität nicht passieren, und selbst mit dem Umladen wird man nicht reussiren, da man größere Frachten in homöopathische Dosen zertheilen müßte, was sich wohl nur in seltenen Fällen reüssiren würde. Soll der Kanal seine großartige Bestimmung, dem Seehandel einen kürzeren Weg zu bieten, wahrhaft erfüllen, dann muß seine Breite allenthalben auf 100 Meter gebracht, seine Sohle auf einen Tiefgang von 9–10 Meter eingerichtet werden.

Amerika.

Washington, 7. Dez. Der die Botschaft des Präsidenten begleitende Bericht des Finanzministers Boutwell kündigt an, daß die von der Regierung bis zum 30. Nov. aufgekauften Bonds sich auf 75 1/2 M. D. belaufen, wovon 20 Mill. nach den Bestimmungen der Tilgungsfonds-Akte verwandt worden. Er empfiehlt, auch mit dem Reste nach dieser Weise zu verfahren. Er schlägt eine Verringerung des Papiergeldes um monatlich zwei Millionen vor. Ferner empfiehlt er, 1200 Mill. D. in 5–20 Bonds durch vier Runden in halbpromzentige Bonds von drei Klassen, in 15, 20 und 25 Jahren einlösbar, von jeglicher Besteuerung frei und zahlbar nach Belieben des Inhabers in London, Paris, Hamburg, Frankfurt, zu erlösen. Boutwell glaubt, daß durch die Aussicht auf den baldigen Verfall der jetzigen Bonds die Inhaber sich veranlaßt fühlen würden, dieselben gegen die vorgeschlagenen neuen Klassen umzutauschen. — Cameron hat dem Senat eine von 30,000 Bürgern Philadelphia's unterzeichnete Peti-

tion um Anerkennung der Unabhängigkeit Cuba's vorgelegt.

Badischer Landtag.

Karlsruhe, 11. Dez. 13. Öffentliche Sitzung der Ersten Kammer. Unter dem Vorsitz des Vizepräsidenten Staatsrath Dr. Weizel.

Am Ministerisch: die HH. Staatsminister Dr. Jolly, Kriegsminister v. Beyer, Ministerialpräsidenten v. Freyborst, v. Dusch, Ellstätter und Obkircher, Geh. Rath Brauer.

Der Präsident macht nach Eröffnung der Sitzung einige geschäftliche Mittheilungen aus der Zweiten Kammer und zeigt das Einkommen von 39 Petitionen evang. Gemeinden, das Stiftungsgesetz betr., von 5 Petitionen, eine Eisenbahn von Stockach nach Weiskirch betr., und einer Petition, die Solidarität bei den Genossenschaften betr., an, welche sodann an die Kommissionen gewiesen werden.

Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen des Sekretärs wird zum ersten Gegenstand der Tagesordnung, zur Berathung des von Dennig erstatteten Berichts der Budgetkommission über die Nachweisung der in den Jahren 1867 und 1868 eingegangenen Staatsgelder und deren Verwendung, übergegangen. Es werden dabei ohne Debatte die Kommissionsanträge:

„Die hohe Kammer wolle der Betheiligung des Domänen-Grundstocks an der Murgthal-Eisenbahn durch Uebernahme von Aktien bis zum Betrage von 86,000 fl. die nachträgliche Zustimmung ertheilen“, und „es wolle die vorliegenden Rechnungsnachweisungen für die Jahre 1867 und 1868 als richtig anerkannt werden“, angenommen.

Sodann wird zum zweiten Gegenstand der Tagesordnung, zur Berathung des von Graf v. Kageneck erstatteten Berichts der Budgetkommission über das Budget für 1870 und 1871 übergegangen. Es werden dabei nach dem Kommissionsbericht das Budget des Großh. Staatsministeriums (901,339 fl.), des Großh. Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten (107,110 fl.) für jedes der Jahre 1870 und 1871 ohne Debatte angenommen, nachdem Graf v. Berlichingen zu letzterem erklärt hatte, daß er, da nach seiner Ueberzeugung die Politik der Regierung dem Interesse des Landes widerspreche, gegen Bewilligung dieses Budgets stimme. Ebenso wird endlich das Budget des Großh. Handelsministeriums nach allen 7 Titeln desselben für die Jahre 1870 und 1871 genehmigt.

Zu Tit. III. (Beförderung der Gewerbe) begrüßt es Hr. Artaria, daß durch die 5000 für kunstgewerblichen Unterricht ausgeworfenen Gulden dahin gewirkt werde, auch unser Gewerbe wie das ausländische auf die Höhe des Kunstgeschmacks zu bringen. Unsere Uhrenfabrikation sowie andere dem täglichen Hausgebrauch gewidmeten Gewerbeerzeugnisse sollten wieder wie im Anfang des 16. Jahrhunderts einen Anstrich des edlen Kunstgeschmacks erhalten. Redner drückt endlich den Wunsch aus, daß man nicht gedonigliche Zeitgenossen, sondern wahre Künstler mit Leitung dieses kunstgewerblichen Unterrichts betraue.

Bei der nun folgenden Berathung des Berichts des Herrn v. Bodmann über den Gesetzentwurf, das Eigenthum der Verlobungen des Rheins längs der bayerischen Grenze betr., ergreift zuerst der Berichterstatter das Wort: Um die Rheinkorrekturen an der genannten Strecke vorzunehmen, brauche der Staat das Eigenthum von 50 Fuß Land längs der Linie des normalen Flußbettes; das Gesetz gewähre die Anerkennung seines Eigenthumsrechts an dem dort noch nicht von der Kultur ergriffenen Lande und seines Rechts, das Privaten gehörige, nach dem Gesetze von 1835 zu enteignen. Ferner bezwecke das Gesetz, um aus der Nähe die Beschaffung von Kies, Sand und Fajchinen möglich zu machen, daß die Uferanföher, welche ja selbst das größte Interesse an diesem Unternehmen haben, dieselben herzugeben genöthigt werden können. Die einzige Belastigung dieser Anföher sei, daß sie künftighin von dem Ufer durch fremdes Eigenthum abgeschnitten würden, weshalb die Kommission zu Art. 3 einen Zusatz vorgeschlagen habe, wornach denselben, soweit es unbeschadet des flußbaulichen Interesses geschehen kann, die Durchfahrt an den Rheinen gestattet werde.

Nachdem Graf v. Berlichingen erklärt hatte, daß er das Motiv dieses Gesetzes nicht billige und gegen dasselbe stimmen werde, wird das Gesetz mit obigen und noch einigen andern redaktionellen von der Kommission beantragten Aenderungen bei namentlicher Abstimmung mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Darauf wird zum 5. Gegenstand der Tagesordnung, die Berathung des zweiten Berichts des Staatsraths Dr. Weizel über den Gesetzentwurf, die Aenderung einiger Bestimmungen der Verfassungsurkunde betr., übergegangen.

Graf v. Berlichingen bedauert, daß die von der Ersten Kammer angenommene Aenderung des § 35 der Verfassung von der Zweiten Kammer nicht angenommen wurde, also wie bisher die Grundherren von dem Wahlrecht und der Wählbarkeit in die Zweite Kammer ausgeschlossen blieben. Es sei doch die Zweite Kammer nur ein Faktor in der Gesetzgebung und wenn wie hier die beiden anderen Faktoren anderer Ansicht als der dritte seien, so dürfte sich wohl nach konstitutionellem Uus schicken, daß der dritte sich jenen Beschlüssen füge. Dennoch sei er nunmehr nicht der Ansicht, daß man die Zweite Kammer noch einmal um die Annahme der Aenderung gleichsam bitten solle. Die Grundherren haben seit 60 Jahren ununterbrochen Opfer gebracht an Geld und wichtigen politischen Rechten, weil es der Wunsch des Volkes war. Und nun, da sie zum ersten Male etwas verlangen, wird es abge schlagen. Sie verlangen ja keine neuen Privilegien, sondern nur Gleichstellung mit allen Andern. Er selbst fühle sich und auch die Mitglieder dieses hohen Hauses durch den Beschluß der Zweiten Kammer verletzt. Er habe sich mit seinem Worte verbindlich gemacht, daß die Grundherren der Reform dieses Hauses mit überwältigender Majorität zustim-

men, und es sei auch nicht an diesem Haus, sondern an der Zweiten Kammer die Reform gescheitert; darum dürfe die Zweite Kammer nicht heute bedauern, daß die Reform dieses Hauses nicht zu Stande kam, und deswegen den Grundherren jenes Recht versagen. Er gebe nunmehr das Votum ab, daß zurückgegeben werden und er sich jeder Verpflichtung, die Erste Kammer zu reformiren, entbunden halte. Die Gründe der Reform seien nicht innerhalb, sondern außerhalb des Hauses zu suchen, dort werde beständig über Privilegien der Grundherren geschrien, während diese Kammer doch ihren Platz ausfülle. Gerade die Diskussion der Zweiten Kammer habedargethan, es sei nöthig daß zur Aufklärung des Hauses einige Grundherren hineingewählt würden; denn diese haben einmal keine Vorrechte in der Gemeindefestsetzung, sodann überhaupt nicht, wie dort behauptet worden, Privilegien; denn alle übrigen sog. Privilegien seien entweder lederne oder papierene. Ähnliche Privilegien würden ja auch durch die indirekte Wahl aufrecht erhalten. Die Fideicommissie, welche ja gar nicht den Grundherren allein eigenthümlich sind, seien keine Scheidewand zwischen ihnen und dem Volk; daß die Grundherren nur in einem engen Wahlkreis aus ihrer Mitte wählen dürfen, sei eher eine Beschränkung als ein Vorrecht; endlich seien die Patronate keine Eigenthümlichkeit der Grundherren. Trogdem werde er nicht gegen das Gesetz stimmen, sondern feurige Kohlen auf das Haupt der Gegner sammeln.

Staatsminister Dr. Jolly: Obwohl die Großh. Regierung mit der Ersten Kammer einverstanden die Aufhebung des § 35 der Verfassung bejehret habe, so müsse er doch das andere Haus gegen die vom Vorredner gemachten Ausführungen in Schutz nehmen. Die Beschlüsse der Zweiten Kammer, den Grundherren das Wahlrecht und die Wählbarkeit zu versagen, seien nicht so ungerechtfertigt; denn die Grundherren hätten wirklich schon eine bevorzugte staatsrechtliche Stellung; dieselben (200 Personen) haben ja das Vorrecht 8 Mitglieder (1/3) in dieses Haus zu senden; auch treffe die Schuld der Aufhebung der Reform der Ersten Kammer nicht die Zweite Kammer, welche im Allgemeinen die Reform gebilligt habe, sondern dieselbe sei in den seitherigen politischen Ereignissen begründet, welche die zukünftige Gestaltung der politischen Verhältnisse aufzudecken rathe. Also dürfe man in den Beschlüssen der Zweiten Kammer keine Engherzigkeit finden, um so weniger als die Ausführungen der Zweiten Kammer, wenn auch sie zuweilen etwas Unrichtiges mögen enthalten haben, nicht so gereizter Natur wie die des Vorredners gewesen seien.

Artaria spricht sein Bedauern aus, daß die Zweite Kammer die Aufhebung des § 35 der Verfassung nicht angenommen habe, da ja auch die Universitätsprofessoren und die durch den Großherzog Einberufenen das Wahlrecht für dieses Haus und die Zweite Kammer zugleich hätten.

Geh. Rath Herrmann bemerkt, daß das hohe Haus wohl kein Bedenken haben werde, das Gesetz auch mit der von der Zweiten Kammer gemachten Aenderung anzunehmen. Denn da es sich hier doch wesentlich um die Zusammenfassung der Zweiten Kammer handle, sei es schließlich, daß in einem hierüber gefaßten Beschlusse die Erste Kammer der Ueberzeugung des hieroben betroffenen Hauses unterwerfe. Der Frage, ob die Reform der Ersten Kammer ein Bedürfnis sei, stehe er, von den bisherigen Verhandlungen nicht berührt, ganz frei und unbeeinträchtigt gegenüber; er werde jedenfalls gegen diese Reform stimmen, weil der einfache politische Grundlag gegen dieselbe spreche, daß man eine gut bewährte Körperschaft nicht umändern solle; diese Kammer trage aber, von Intelligenz und patriotischem Sinn erfüllt, nicht den Stempel der Reformbedürftigkeit; man solle deshalb im Haschen nach Bessern das Gute nicht hingeben.

Geh. Rath Dr. Bluntzsch bedauert ebenfalls die von der Zweiten Kammer getroffene Aenderung; er habe das Verlangen der Grundherren so aufgefaßt, daß sie nicht ein Recht für sich wünschten, sondern sich auf den allgemeinen Boden des Volks stellen und ihre Sonderstellung aufgeben wollten. Von selbst schienen sie ihm damit auf eine besondere ständliche Stellung bei Reform der Ersten Kammer zu verzichten; und gerade ihr früheres Verhalten bei dieser Reformverhandlung hätte der Zweiten Kammer ein Anlaß zur Befestigung des Art. 35 sein sollen; die Zweite Kammer hätte die Grundherren gleichsam beim Worte nehmen und ihnen Stimmrecht und Wählbarkeit einräumen sollen, umfomehr, als sie, so lange noch indirekte Wahl bestehe, nichts davon zu fürchten hätte, daß zu viel Grundherren sich in ihr zusammenfänden. Nur weil Graf v. Berlichingen bisher bewährt habe, daß er stets die Interessen des ganzen Landes im Auge habe, und auch wohl die vorigen Worte aus demselben Geiste gesprochen seien, dürften dessen Aeußerungen gegen die Zweite Kammer so an die äußerste Grenze des Parlamentarischen gehen. Die Reformfrage der Ersten Kammer sei reichlich erwogen und von ihr selbst in die Hand genommen worden, damit sie einen festen modernen Boden gewinne und alles Mittelalterliche abstreife. Er hoffe, daß man sich noch einmal mit der Zweiten Kammer über diese Reform verständige, und sei versichert, daß damit, wie dies auch aus den Verhandlungen der Zweiten Kammer hervorgehe, der Art. 35 der Verfassung werde beseitigt werden.

Graf v. Berlichingen beseitigt einige durch seine Aeußerungen entstandene Mißverständnisse und verwahrt sich gegen den Vorwurf, daß er das andere Haus habe beleidigen wollen.

Der Berichterstatter Staatsrath Dr. Weizel: Die Kommission habe die Bestimmung des § 35 der Verfassung als dem einzuführenden allgemeinen Wahlrecht widersprechend angesehen; es widerstreben dessen Aufhebung ferner keine Rechtsgründe. Es scheine sonderbar, wenn ein ganzer Stand als solcher vom aktiven und passiven Wahlrecht ausgeschlossen werde; diese Sonderbarkeit werde am besten in Verbindung mit der jetzigen Einführung des allgemeinen Wahlrechts beseitigt, um so mehr als ja die Grundherren durch ihre Bereitwilligkeit ihre privilegierte Stellung aufzugeben sich ein Anrecht auf die Aufhebung erworben haben. Es liege also nur eine Prioritätsfrage vor, ob zuerst der Art. 35 aufgehoben

werden solle. Aber natürlich könne diese immerhin untergeordnete Streitfrage keinen Grund zur Ablehnung des Gesetzes bieten, weshalb er bittet, den Kommissionsantrag, das hohe Haus wolle dem Gesetzentwurf in der von der Zweiten Kammer beschlossenen Fassung seine Zustimmung geben, anzunehmen.

Bei namentlicher Abstimmung wird das Gesetz einstimmig angenommen.

(Schluß folgt in der nächsten Beilage.)

† Karlsruhe, 10. Dez. 32. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Unter dem Vorsitz des Präsidenten Hildebrandt. (Fortsetzung aus der heutigen Beilage.)

Zu § 33 stellt Abg. K ö l l e den Antrag, daß es den Gemeinden von 80 bis 150 Bürgern bloß gestattet sein solle, einen Ausschuß zu wählen, und erst solchen über 150 Bürgern die Wahl eines Ausschusses auferlegt werde. Abg. K o s s i r t befürwortet diesen Antrag.

Abg. L i n d a u stellt und begründet einen noch weiter gehenden Antrag: „In Gemeinden unter 300 Bürgern solle gar kein großer Ausschuß mehr bestanden, und die Bürger in Gemeinden über 300 Bürgern sollten darüber entscheiden: dürfen, ob ein großer Ausschuß geschaffen werden solle; alle 12 Jahre solle dann wieder darüber abgestimmt werden, ob der große Ausschuß abgeschafft, bzw. eingesetzt werden solle.“

Abg. P a r a v i c i n i wendet sich gegen diesen Antrag, welcher die Stabilität der Beschlüßfassung und die Ruhe der Berathung hindern werde.

Abg. H u f f s c h m i d verteidigt die Beseitigung der großen Ausschüsse bei den Gemeinden von weniger als 300 Bürgern, welche nur berechtigt sein sollen, einen solchen Ausschuß einzusetzen; denn diese Entfernung der Ausschüsse habe von 1837/51 bestanden, und sei auch im Kommissionsbericht von 1866 vorgesehen. Derselbe stellt einen dahin gehenden Antrag, welcher vom Abg. L i c h t e n b e r g e r unterstützt wird, während Abg. B i s s i n g sich dem Antrag des Abg. L i n d a u anschließt, indem besonders dann der Gemeindeversammlung statt dem Bevormundungsinstitut des großen Ausschusses die Beschlüßfassung überlassen werden könne, wenn die minderwichtigen Geschäfte dem Gemeinderath überlassen würden. In größeren Städten könne ja durch Separatversammlungen unter Viertelmeistern dem Mangel an Lokalität abgeholfen werden. Insbesondere sei der verwerfliche Einfluß privilegierter Familien und die Erblichkeit derselben im großen Ausschuß ein sonst nie zu hebendes Uebel.

Staatsminister Dr. F o l k wendet gegen diese Anträge ein, daß eine zu große Gemeindeversammlung in ihre Atome zerfallen, und wenn sie die wichtige Berathung des Voranschlags habe, keine geordnete Berathung pflegen könne, und bitter, den Kommissionsantrag anzunehmen.

Abg. F r a n k unterstützt den Antrag des Abg. H u f f s c h m i d, weil die bisher bestehenden großen Ausschüsse dem Bürgermeister zwar sehr bequem seien, aber das öffentliche Leben in der Gemeinde erschaffen und den Verkehr mit den Bürgern hindern.

Abg. D u m m y unterstützt den Antrag des Abg. K ö l l e mit der Modifikation, daß ein Minimum, bei welchem ein großer Ausschuß gewählt werden müsse, nicht festzusetzen sei, und daß ein einmal festgesetzter großer Ausschuß mindestens 6 Jahre lang nicht wieder abgeschafft werden dürfe. Das neue Gesetz solle nicht zuerst eine Schule des öffentlichen Gemeinlebens sein, sondern bezwecke vor Allem gute Verwaltung. Wenn bisher die Gegner des Kommissionsantrags es dahin gebracht haben, daß Bürgermeister, Gemeinderath und großer Ausschuß von der Gesamtgemeinde ohne alle Klassenbeschränkung gewählt werden sollten, so müsse ja dieser Ausschuß Ausdruck des öffentlichen Vertrauens sein und brauche es der Gemeindeversammlung nicht mehr; diese könne zwar in einer Gemeinde von regem politischem Sinn und mit guten Beamten wohlthätig wirken; aber es sei durchaus nicht überall Garantie für solche Zustände gegeben. Es werden daher im Interesse der guten Verwaltung jedenfalls die besonders dazu gewählten, darauf vorbereiteten Mitglieder des großen Ausschusses besser wirken, als die zufällig erscheinenden, dem Einfluß einer Minorität leicht hingebenden Massen. Vorerst muß man also noch gewisse Grenzen zur Sicherung einer guten Verwaltung setzen, sonst werde die neue Reform an ihrer Schwankelhaftigkeit, an der praktischen Undurchführbarkeit, wie schon einmal, scheitern.

Abg. K ö l l e nimmt hierauf die Aenderungsvorschläge des Abg. R a m e y an, unterstützt durch Abg. F i r e n e r, während Abg. K i e s e r sich dem Antrag des Abg. H u f f s c h m i d anschließt und sich gegen die Anschauung wendet, daß gute Gemeindeverwaltung selbst ohne Rücksicht auf Belegung des öffentlichen Geistes der Gemeinde der höchste ins Auge zu fassende Zweck der Gemeindeorganisation sei.

Hierauf empfiehlt nochmals Abg. L i n d a u, unterstützt durch Abg. B a u m s t a r k, den von ihm gestellten, und der Berichterstatter Abg. S c h u p p den Kommissionsantrag: Die Einsetzung eines Bürgerausschusses in Gemeinden über eine gewisse Seelenzahl sei der Schwerpunkt dieses Entwurfs, von welchem wahrscheinlich das Gedeihen dieser Organisation abhängen werde, und zwar auch für die kleinen Gemeinden, welche weniger geschäftserfahrene Bewohner und einfachere Lokalitäten hätten. Auch solle man nicht durch die fakultative Bestimmung des Ausschusses einen Zankapfel in die Gemeinde hineintragen.

Hierauf werden bei der Abstimmung die Anträge der Abg. L i n d a u und H u f f s c h m i d abgelehnt und der Antrag des Abg. K ö l l e, nach welchem es den Gemeinden von 150 Bürgern und weniger freisteht, den größeren geboten ist, einen großen Ausschuß zu wählen, angenommen und der § 33 behufs präziser Fassung an die Kommission zurückgewiesen.

§ 34 wird mit einer vom Abg. K o f f vorgeschlagenen Verbesserung der Redaktion angenommen.

Zu § 35 wird die vom Berichterstatter Namens der Kommission vorgeschlagene, dem gestrigen Beschlusse auf Abschaffung des Dreiklassensystems entsprechende Fassung und die Streichung des § 35 a. angenommen; ebenso §§ 36—37.

Zu § 38 eine Redaktionsänderung wie oben. Hierzu schlägt ferner Abg. L e n d e r die Aufnahme der Gesamtenerneuerung des Bürgerausschusses innerhalb 3 Jahren, statt der von der Kommission beantragten Partialerneuerung, vor. Der Abg. L i n d a u unterstützt diesen Antrag, da ja die Partialerneuerung auch für die Kammerwahlen abgeschafft werde, wendet sich gegen die vorgezeichnete Kooptation des Bürgerausschusses im Falle der Erledigung einer Stelle durch Tod oder Austritt und stellt einen Antrag auf Streichung der letzteren Bestimmung.

Abg. E c h a r d weist auf den Unterschied zwischen der Integralerneuerung einer Kammer und der eines großen Ausschusses hin und macht darauf aufmerksam, daß, nachdem die Partialerneuerung des Gemeinderaths angenommen sei, durch ihm jenes Versprechen die Integralerneuerung des Ausschusses die Harmonie zwischen beiden Körpern leicht gestört werden könne.

Hierauf wird unter Ablehnung der Anträge der Abg. L e n d e r und L i n d a u § 38 nach dem Kommissionsantrag angenommen.

§ 39 wird auf Antrag des Abg. T u r b a u zur redaktionellen Aenderung an die Kommission gewiesen.

§§ 40—42 angenommen, nachdem Abg. v. F e d e r, ohne einen bestimmten Antrag zu stellen, noch den Mißstand hervorgehoben hatte, daß der hier gegründete Ausschuß ohne Vorsteher und Initiative, also ein Leib ohne Kopf, eine Kammer ohne Ministerium sei, Abg. F r i d e r i c h denselben auf die durch § 31 geschaffene Abhilfe und der Berichterstatter Abg. S c h u p p auf die in der Geschäftsordnung des großen Ausschusses zu machenden Bestimmungen bezüglich eines Obmannes hingewiesen hatte.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

† Karlsruhe, 11. Dez. 33. öffentliche Sitzung der Zweiten Kammer. Tagesordnung auf Montag den 13. Dez., Vormittags 9 Uhr. 1) Anzeige neuer Eingaben. 2) Fortsetzung der Berathung des Berichts des Abg. S c h u p p über den Gesetzentwurf, die Aenderungen einiger Bestimmungen des Gesetzes über die Verfassung und Verwaltung der Gemeinden betreffend.

Bermischte Nachrichten.

— R o t t e n b u r g, 8. Dez. (D. Volk.) Der 27. Dez., Johannisfeiertag, ist für die Konsekration und Inthronisation des Hrn. Bischofs v. D e f e l e in Aussicht genommen.

— M ü n c h e n, 10. Dez. Verschiedene kirchliche Blätter bringen die Nachricht, daß Hr. E i s t u n g s p r o b i t v. D ö l l i n g e r als Konjunkt (wissenschaftlicher Beirath) des Kardinalerzbischofs von Prag, Fürsten v. S c h w a r z e n b e r g, nach Rom berufen wird. Fürst v. S c h w a r z e n b e r g und v. D ö l l i n g e r sind bekanntlich entschiedene Gegner der U n s e h l b a r k e i t e r k l ä r u n g des Papstes.

— B o n n, 8. Dez. Die „R. Stettin. Btg.“ veröffentlicht aus dem Briefe eines Bonner Studenten Folgendes: „Die Korps der Studenten in Bonn haben, wie an allen andern Universitäten, ein Kartellverhältnis, d. h. sie erkennen alle denselben Comment an, verteidigen mit einander der offenbaren Angelegenheiten einzelner Mitglieder auf die Menjur. Es liegt hierin durchaus nichts Feindseliges, man kommt ganz harmlos zusammen und diejenigen Korps-Senatoren, die gegen einander bestimmt sind, danken sich. So liefern wir Preußen die erste Menjur am 17. November, es waren von uns die beiden B i s m a r k und ein Hr. v. W o l d e r gegen drei Mitglieder des Korps Palatia bestimmt. Die Menjur fand in einem Dorfe, etwa 1/2 Meilen von Bonn entfernt, statt. Zuerst paukte sich der ältere Bismarck und erhielt vier Blutige, einen Schmiß über den Kopf, einen in die Stirn, und einen durch die linke Oberlippe, den vierten über die Backe, während er seinem Gegner fünf Blutige gab, die aber lange nicht so fest waren. Kaum war diese Menjur beendet, so wurde gemeldet, daß die Pöbelle kämen. Alles lief nun heraus, die Bauanten wurden verstreut, so kam es, daß Bismarck im Freien genötigt werden mußte. Ich weiß nun nicht, wie es zugeht, genug, nach einigen Tagen waren die Schmiße oberflächlich zugeheilt, während die Wunde im Innern noch eiterte; dies hat sich seit dem 17. Nov. bis jetzt hingezogen, doch in den letzten vier Tagen ist Bismarcks Zustand wirklich so gefährlich geworden, daß jeden Augenblick eine Blutvergiftung eintreten kann, dann hätte er nur noch einige Stunden zu leben; es ist natürlich an die Eltern nach Barmen telegraphirt worden und wir erwarten sie morgen früh. Der Gegenpartisan von Herbert Bismarck ist schon längst wieder gesund. Nierberding ist sein Name.“ Ueber das Befinden des jungen Grafen Bismarck sind bekanntlich auch weiter glänzende Nachrichten zugegangen: allerdings ist die Besserung nur eine sehr allmähliche. (Der Kranke wird von Geh. Rath Professor Dr. Busch behandelt.)

— A u s P a r i s, 8. Dez., schreibt man der „R. Fr. Pr.“: R o s c h e f o r t steht unter förmlicher polizeilicher Aufsicht seiner Wähler. Er ist nämlich die ganze Dauer der legislativen Sitzungen hindurch von einem Abgeordneten des ersten Wahlbezirks überwacht, der alle seine Worte und Thaten dem Komitee zu übermitteln hat. Unter einem solchen Zwange befindet er sich nicht viel besser als ein Gefangener von St. P é l a g i e, und er hat nur freie Ausgänge.

* Die Droschken Londons. Vom Neujahrstage ab wird das Freihandelsprinzip auch den Droschkenführern Londons zu Gute kommen. Ein Jeder kann für seine Fahrten so viel verlangen, wie er will, nur hat er seinen Tarif auf der Außenseite seines Wagenschlages in deutlicher Schrift anzuschlagen. Ob eine oder vier Personen fernherhin eine Droschke mieten, soll in dem Fahrpreise keinen Unterschied machen. Voraussetzlich wird die Polizeibehörde demnach die Einzelheiten dieses Planes veröffentlichen.

* Lynxjähig in den Vereinigten Staaten. Wie amerikanische Blätter melden, hat ein Wachsamkeitsauschuss in der Grafschaft F r e m o n t, J o w a, unlängst einen Mann Namens S a m W u r d o c k wegen Ermordung eines gewissen Henry Johnson gelangt. Kurz nach der Hinrichtung kam Henry Johnson munter und wohl zum Vorschein.

Badische Chronik.

Heidelberg, 9. Dez. (Sch. M.) Unsere Universität zählt in diesem Halbjahr 612 immatrikulierte Studierende und 99 Do-

zenten, zusammen 711. Die ersteren bestehen aus 54 Theologen, 300 Juristen, 83 Medizinern, 175 Chemikern, Pharmazeuten, Kameralisten, Philologen und Philosophen. Ihrer Abkunft nach befinden sich unter den 711 Studierenden 219 Badener und 492 Auswärtige; unter den immatrikulierten: 190 Badener, 128 Preußen, 56 Schweizer, 32 Bayern (meist Pfälzer), 29 Nordamerikaner, 25 Russen und Polen, 24 Angehörige des transleithanischen, 10 des cisleithanischen Oesterreich, 16 Württemberger, 11 Hamburger, eben so viele Engländer u. s. w., Württemberger nur 4. Gegen den vorigen Sommer ergibt sich eine Abnahme von 100, gegen den vorigen Winter eine Zunahme von 53. Die Differenz zwischen Sommer und Winter, welche hier ganz lebend ist, betrifft vorzugsweise die Norddeutschen: im vorigen Sommer hatten wir hier 242 Preußen, in diesem Winter 128. Dagegen hat die Zahl der Badener gegen den letzten Winter um 41 zugenommen.

F r a n k e n h e i m, 9. Dez. Zu den in Ihrem Blatte aufgezählten Schriften für badische Geschichte zählt in rühmlicher Weise die Fortsetzung der „Chronik der Familie von Gemmingen“ (Heidelberg, Avenarius) von Pfarrer S t o c k e r, welcher den zweiten Band in Angriff genommen hat. Derselbe enthält die Linie v. G e m m i n g e n H o r n b e r g und zwar vorerst Michelsfeld, Ingenheim, Hohenhardt Leidenstadt. Durch die freundliche Vermittlung von zahlreichen Archivalien durch den Hrn. Major August von Gemmingen zu Michelsfeld und Hrn. Hofmarschall Frhrn. v. Gemmingen, sowie durch Beiträge von anerkannten Meistern in der Spezialgeschichte unserer nördlichen Gauen erhält die Schrift mehr und mehr den Charakter einer Quellenchrift, der ihr auch außerhalb des adeligen Familienkreises erhöhte Theilnahme zu verschaffen vollkommen gerechtfertigt ist.

F r a n k e n h e i m, 10. Dez. Es liegt eine schöne Woche von Kunst- und wissenschaftlichen Genüssen hinter uns. Haben wir unter erstem die Eröffnungsaufführung der „sieben Raben“ in der Oper mit Dank zu verzeichnen, wenn dieselbe auch nicht gerade durchschlagenden und enthusiastischen Erfolg hatte (einer nachhaltigen Wirkung wird die Oper bei späteren Aufführungen nicht verfehlen), so gebührt dieses noch mehr dem letzten K a b e m i e k o n z e r t, welches in der unsterblichen „Symphonia eroica“ in der Faust-Ouverture von Wagner und dem Reitermarsch von Schubert-Liszt so viel des Ausgezeichneten bot, daß die hohe und begeisterte Auszeichnung durch Beifall, Hervorruf und da Capo-Bitten, welche Ihrem Künstlerquartett, den Damen Hausmann und Hauser, den H. Hauser und Körner zu Theil wurde, einen Maßstab der Vortrefflichkeit gab, mit welcher diese Sängergesellschaft die Frühlingslieder von Gade und die Liebeslieder von Brahms zur Geltung brachten. Glorioso Reinheit der Stimmen, Zartheit des Vortrags, bewunderungswürdige Disziplin und Unterordnung der Einzelkräfte unter den Gedanken des Tonbilders brachten ein harmonisches Ganze hervor, wie wir es nur beim besten Hören, was das Florentiner Quartett geboten hat.

F o m R e c k a r, 9. Dez. (Bart.) Am gestrigen Abend zwischen 8 und 9 Uhr wurde eine prachtvolle Feuerkugel in der Nähe des Bahnhofes von H e l m h a d t bemerkt, welche sich langsam von Osten nach Westen fast über den Mittelpunkt des leicht umzogenen Sternenhimmels herzog. Sie verschwand ohne jedes Geräusch.

S c h w e z i n g e n, 10. Dez. In der gestern Abend hier stattgehabten zweiten Bürgerversammlung hielt Hr. Oberamtmann W i g a n d einen einleitenden Vortrag über das neue Armengesetz im Vergleich zur früheren Armenverfassung. Der Vortrag des Publikums war dabei noch größer als das erste Mal; unter den Anwesenden gewahrte man namentlich viele Leute aus den benachbarten Landorten.

Wie sehr sich auch hier die Ueberzeugung von der Nothwendigkeit eines Fortschrittes auf wirtschaftlichem Gebiete Bahn zu brechen scheint, davon gibt das Gedeihen des hiesigen V o r s c h u ß v e r e i n s Zeugnis. Derselbe wurde am 1. Febr. d. J. gegründet und zählt jetzt schon 111 Mitglieder, darunter 32 aus den Orten Eschenheim und Pfaffstätt. Der Beitritt weiterer Mitglieder aus andern Gemeinden des Bezirkes steht in naher Aussicht. Die Gesamteinnahmen betragen 35,494 fl. 41 kr., die Gesamtaufgaben 34,883 fl. 18 kr. Somit fand ein Kapitalumschlag von 70,377 fl. 59 kr. statt. Das Eigenvermögen besteht in 1238 fl. 35 kr.

P f u l l e n d o r f, 10. Dez. (Konk. Z.) So eben wurde Kandidat M a y e r zum Bürgermeister gewählt mit 25 Stimmen gegen Vollmar mit 22 Stimmen. In beiden Lagern starke Anstrengungen.

F r a n k f u r t, 11. Dez. Nachm. Oesterr. Kreditaktien 244 1/2, Staatsbahn-Aktien 377 1/2, Silberrente 57 1/16, 1860er Loose 79 1/2, Amerik. Anleihe 91 1/2.

Witterungsbeobachtungen der meteorologischen Centralstation Karlsruhe.

10. Dez.	Barometer.	Thermometer.	Feuchtigkeit in Prozenten.	Wind.	Himmelm.	Witterung.
Morg. 7 Uhr	27° 9,2	— 3,3	0,94	D.	Klar	Rebel, kalt
Morg. 2 "	27° 9,8	— 0,8	0,93	S.	3. beb.	frisch
Nachm. 9 "	27° 9,6	— 2,8	1,00	"	"	kalt

Verantwortlicher Redakteur: Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Sonntag 12. Dez. 4. Quartal. 136. Abonnementsvorstellung. Wegen Unpäßlichkeit des Hrn. Hauser statt der angekündigten Oper „Der Barbier von Sevilla“: **Der Freischütz**, romantische Oper in 3 Akten, von Friedrich Kind. Musik von C. M. v. Weber.

Dienstag 14. Dez. 4. Quartal. 137. Abonnementsvorstellung. **Nord und Süd**, Posse in 1 Akt, von Charles Narry. Hierauf: **Spielt nicht mit dem Feuer**, Lustspiel in 3 Akten, von G. zu Puttlitz.

Theater in Baden.

Mittwoch 15. Dez. **Uthal**, Oper in 1 Akt, nach Ossian. Aus dem Französischen des St. Victor. Neu bearbeitet und übersetzt von Otto Devrient. Musik von Mehul. Hierauf: **Der häusliche Krieg**, Oper in 1 Akt, von Franz Schubert.

5.646. Karlsruhe. Mit der Bitte um stille Theilnahme erstatten wir von Schmerz erfüllt die Anzeige, daß es Gott dem Allmächtigen gefallen hat, unsere innig geliebte Schwester, Frau Karoline, geb. Kählenthal, Wittwe des am 28. September 1860 verstorbenen Hauptzollamt-Verwalters Schweyert, heute Nacht um 11 1/2 Uhr aus diesem Leben abzurufen.

Karlsruhe, den 11. Dezember 1869.
Wilhelmine Kählenthal,
Gustav Kählenthal, Großh.
Steuerdirektor.

5.633. Vörrach. Theilnehmenden Verwandten und Freunden widmen wir die schmerzliche Nachricht, daß unser lieber Gatte und Vater, Bruder, Schwiegerjohn und Schwager, der Großh. Revisor Heinrich Fremoth, gestern Nacht 10 Uhr nach langen und schweren Leiden sanft entschlafen ist.

Vörrach, den 10. Dezember 1869.
Die Hinterbliebenen.

5.657. Rößdorf. Am 10. d. M. ist mein geliebter Gatte der Großherzog. Badische wirkliche Geheimrath Friedrich Freiherr von Wechmar sanft dahier verchieden, was ich mit der Bitte um stille Theilnahme ergebenst anzeige.

Rößdorf, den 10. Dezember 1869.
Charlotte Freifrau von Wechmar,
geb. Freiin von Rattig.

Weihnachtsgeschenke für Damen.
Zu der Unterzeichneten und in allen Buchhandlungen ist zu haben:

Zwei
Shakespeare - Vorträge.
Gehalten zu Gunsten des badischen Frauenvereins von
Otto Debrient.
Preis broschirt 1 fl. 24 kr., elegant gebunden mit Goldschnitt 2 fl.

Badische Sagenbilder
in Lied und Reim
von **Eduard Brauer.**
Zweite, vermehrte Auflage.
Preis broch. 1 fl. 24 kr., fein gebund. 1 fl. 54 kr.
Karlsruhe, G. Braun'sche Hofbuchhandlung.

Pappmasc. Vocalmusikgesellschaft
Eine Sammlung
zweistimmiger Choräle
aus dem badischen Choralbuch mit unterlegtem Text der schönsten Lieder aus dem badischen Gesangbuch, arrangirt von A. Warner, Großh. Hoforganist.
Für Schule und Haus geeignet. Preis 18 kr.
Zu beziehen durch die Kreuzbauer'sche Buchhandlung und die Musikalienhandlung von A. Frei in Karlsruhe. 5.647.

Carl Arleth, großh. Hoflieferant in Karlsruhe,
empfiehlt
— frische Mandarinen —
— frische spanische Oranger —
— schöne Messiner und Malaga-Citronen bei Kisten billiger —
frische grüne Aleria-Weintrauben, frisch getrocknete Malaga-Rosinen, Mostat Datteln, Bordeaux-Plausma, neue Sultanini, Tafel- und Neapolitaner Feigen, sowie frische fruits confits assortis und frische Marronen. 5.658.

5.514. Putsnik in Sachsen.
Chemische Novitäten
zur gefelligen Unterhaltung passend zu
Weihnachtsgeschenken.

Chemisches Zauber-Etui I. Das wunderfame Wasser sofort in 8 verschiedene gefärbte Flüssigkeiten zu verwandeln à 1 Thlr.
Chemisches Zauber-Etui II. Der kleine Professor oder der chemische Taufenkünstler, enth. 25 überraschende und unterhaltende gefahrlose Experimente à Etui 2 1/2 Thlr.

Der metallne Wunderschwamm oder der Chamäleon-Kaubfrosch in 3 Stücken à 1 Dk. 15 Sgr., 1/2 Dk. 8 Sgr.

Der Eiswurm oder lodendes Wasser sofort in Eis zu verwandeln à Etui 10 Sgr.

Das Blut des heiligen Januarius oder das Wunder Reapels à Etui 10 Sgr.

Magnetischer Regen à Etui 10 Sgr.

Leuchtende Salamandertinte à Docon 5 Sgr.

2c. 2c. U. spezielle Preisliste nach franco Anfragen, franco zugesandt, empfiehlt für Wiederverkäufer als Courante Artikel mit Rabatt, sowie Haus-, Reise- und Taschenaufbewahrung.

Apothek und chemisches Laboratorium von W. A. Herd, Putsnik in Sachsen.

5.569. Karlsruhe.
J. A. Röder's Punschsyrope
empfiehlt in allen Sorten

C. Däschner.

Ladennädchen-Gesuch.

5.549. In einem gemischten Waarengeschäft findet ein braves, gutempfohlenes Mädchen eine dauernde und gute Stelle als Verkäuferin.
Wo? sagt die Expedition dieses Blattes.

Hoff'sches Malzextract-Gesundheitsbier, Heil- und Stärkungsmittel, à 6 Sgr. pro Flasche incl. Glas.

Heilerfolge echter Malz-Fabrikate.

Herrn Hoflieferanten Johann Hoff's Filiale
in Köln, Comödienstraße Nr. 26.

Malztract-Gesundheitsbier.

Heiligenhaus, Kreis Elberfeld, 3. November 1869. Ich wollte für mich selbst 12 Flaschen Ihres Malztract-Gesundheitsbieres bestellen. Ich kenne Ihr Präparat seit 20 Jahren in der Praxis und habe dasselbe sehr viel angewandt. In unserer Gegend wird dasselbe erst recht von Wirksamkeit sein, da hier sehr viele Lungen-Erkrankungen und Schwachheitszustände vorkommen. Dr. Glück, prakt. Arzt, Wundarzt und Geburtshelfer.

Vörsam, 20. September 1869. Ihr Malztract-Gesundheitsbier bekommt mir sehr gut; es kräftigt den Magen, verursacht Appetit, wirkt wohlthätig auf den ganzen Organismus, den es außerordentlich stärkt, was man schon nach dem Gebrauch einiger Flaschen verspürt; mit Einem Worte: es ist ein vortreffliches Produkt, wogegen Ihre Weizen- und Concurranten mit ihrem Gebräu nicht aufkommen, und wenn sie es auch noch so sehr preisen, namentlich jener Herr, der bei Ihnen die Bereitung des Malztract's kennen gelernt haben will, und dabei behauptet, daß sein Bier nicht allein eben so gut, sondern noch besser sei, als das Ihrige — Markt-Schreier! Ich kann darüber urtheilen, denn ich habe es selbst versucht. J. v. Budlas, Major a. D.

Malz-Gesundheits-Chocolade.

Scheifling, am 9. October 1869. Hiermit bestelle ich abermals 5 Pfund Malz-Gesundheits-Chocolade mit der Bemerkung, daß ich mit den bisher damit erzielten Resultaten sehr zufrieden bin. Sie ist ein den Magen weder belästigendes, noch die Digestion auch nur im Geringsten störendes, kräftiges, substantielles, leicht verdauliches und assimilirbares Nahrungsmittel für Reconvallescenten nach überstandenen acuten und chronischen Krankheiten; nach profusen Säfteverlusten „aller Art“ wirkt sie regenerierend und riborierend. Dr. Helm. Schalling, prakt. Arzt. — Niedert bei Eurenburg, Februar 1869. Ihre Malz-Chocolade ist mir gut bekommen und erludige ich, mir wieder 5 Pfund erste Qualität zu senden. Gutsbesitzer E. Wolf.

Brust-Malz-Bonbons.

Durch Ihre Brust-Malz-Bonbons, welche stärkend auf die Schleimhäute wirken, bin ich von einem chronischen Lungen-catarth wiederhergestellt. Dr. Sporer, k. k. Suberalrath und Protomedicus in Abbazia. — Wien, 6. Juli 1869. Die Heilwirkung Ihrer vorzüglichen Malz-Fabrikate, namentlich auch Ihrer Malz-Gesundheits-Chocolade und Brust-Malz-Bonbons hat sich auch bei mir bewährt; letztere haben sich bei meinem Husten zur Lösung des Schleimes ganz unentbehrlich gemacht. Frau Hofrathin Clesvin v. Königsklee. — Ihre Brust-Malz-Bonbons leisten mit ausgezeichnete Dienste. A. Gruber, prakt. Arzt in Berwang.

Malz-Gesundheits-Chocoladen-Pulver.

Kreiskmet, 17. October 1869. Wollen mir gefälligst abermals fünf große Schachteln Malz-Chocoladen-Pulver übersenden; unsere kleine, welche dasselbe bereits über ein halbes Jahr statt der Muttermilch genießt, gedeiht dabei vortreflich. Dr. Johann Kabrhel, k. k. Regimentsarzt. — Komarouka, 2. Juni 1869. Erludige noch um gekläute Zulassung von 3 Schachteln Malz-Chocoladen-Pulver umgehend per Post. Ich erkenne dieses Präparat als das vortrefflichste Nahrungsmittel für Säuglinge an. Joseph Pokorny, Oberförster.

Warnung vor Fälschung und Nachahmung: Auf sämtlichen Etiquetten der echten Hoff'schen Malz-Präparate befindet sich der Namenszug.

Johann Hoff

Niederlagen bei Michael Hirsch in Karlsruhe, Kreuzstraße Nr. 3, M. Reichert in Baden-Baden, J. W. Bom, Franz Popp in Heidelberg, Nikl. Kohler in Mannheim, F. C. Scheich in Freiburg i. B., C. F. Frey sen. in Vahr, Aug. Bauer in Durlach, J. Breitling in Vörrach, Albert Hoepf in Offenburg, A. Bader in Pforzheim. 5.188.

Hoff'sche Brust-Malz-Bonbons, schnell lösendes Mittel bei Husten und Verschleimung, ohne Nachtheil für den Appetit, à 4 und 8 Sgr. pro Carton.

H.581. Verlag von Carl Rümpler in Hannover. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, in Karlsruhe und Offenburg durch A. Bielefeld's Hofbuchhandlung:

Die praktische Markscheidkunst

unter Anwendung des Luftblasen-Niveaus und des Theodolithen in Verbindung mit geeigneten Hilfsapparaten.
Nebst einem Anhang über die Anwendung eines Magnets zur Zusammenführung zweier Gegenörter.

Vom Bergmeister E. Borchers, Oberbergamts-Markscheider etc.
Mit 127 Holzschnitten und 11 lithogr. Tafeln. Hoch Quart. Gebestet 9 fl. 36 kr.

Wirtschaftseröffnung und Empfehlung.

Hiermit die ergebenste Anzeige, daß ich das

Gasthaus zum Mohren

eigenthümlich übernommen habe und unterm heutigen eröffne. Mein eifrigstes Bestreben wird es sein, das diesem Hause schon seit vielen Jahren geschenkte Vertrauen zu erhalten, stets einen feinen Keller mit einer guten Küche zu verbinden und meine verehrlichen Gönner auf das Aufmerksamste und Aeckste zu bedienen.

Karlsruhe, den 11. Dezember 1869.

Wilhelm Schuhmann.

neuen Gegenständen zu Weihnachts-Geschenken

aufs reichste ausgestattetes Lager — Friedrichsplatz 6.
A. Winter & Sohn, Hoflieferanten,
Repräsentanten v. Christoffe & Co.

Zu miethen gesucht:

für Frühling, Sommer und Herbst eine Campagne von 3 bis 10 Herrschaftszimmern mit Garten und wo möglich Springbrunnen in unmittelbarer Nähe von Baden-Baden. Franco Offerten mit Preisangabe besche man unter Chiffre U. Z. 175 an die Herren Spaatenstein & Rogler in Basel zu adressiren.
Nachschrift. Auf diese Annonce eingegangene Offerten sind verloren gegangen. Die Abirder derselben sind daher höflichst erludigt, solche nochmals einzugeben. (H.3735) 5.652.

Carl Arleth, großh. Hoflieferant in Karlsruhe,
empfiehlt frische Soles. 5.659.

Carl Arleth, großh. Hoflieferant in Karlsruhe,

empfiehlt
frisch angekommenen feinen — **Strachino di Milano**, — feinen **Fromage de Neuchâtel** (Boudons), **de Brle, de Rocquefort, Münsterkäse** mit und ohne Kimmel, holländ. **Edamer**, alten **Parmesan**, grünen **Kräutler**, feinsten **Emmenthaler**, besten **Limburger**, **Rahm- u. Romadourkäse**.

Zu verkaufen.

5.596. Ein sehr gut erhaltener, leichter **Phaeton** zum Ein- und Zweifpännig fahren, ist sehr billig zu verkaufen. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

Strafrechtspflege.

Sadungen und Forderungen.
5.171. Nr. 15.198. S i n d b e i m. Maria Kneuter von Gubigheim ist dahier auf Antrag der Großh. Staatsanwaltschaft der Kindesaussetzung beschuldigt und wird angefordert, sich binnen 14 Tagen anber zu stellen, indem sonst nach dem Ergebnisse der Untersuchung das Erkenntnis gefällt würde. Zugleich ersuchen wir die Behörden, die Kneuter im Betretungsfalle zu verhaften und anber einzuliefern, auch um Mittheilung darüber, an welchen Orten und bei welcher Person sich dieselbe in den letzten Monaten aufgehalten hat.

Signalment der Angeschuldigten:
Gesichtsfarbe, blaß.
Statur, mittelgroß und schlank.
Haare, dunkelblond.
Alter, 29 bis 30 Jahre.
Dieselbe trägt sächsische Kleidung, einen dunkeln, f. g. Peter und ein dunkles Halstuch.
Sindheim, den 9. Dezember 1869.
Großh. bad. Amtsgericht.
Latterner.

5.170. Nr. 28.344. Freiburg. Am 3. d. Mts. wurden aus einem Privathause dahier folgende Gegenstände entwendet:

1 neue schwarze, wollene Hose, 1 schwarzer Luchrock, 2 Westen, 1 Rock von grauem Stoff und 1 Paar Stiefel mit Doppelsohlen.
Wir bitten um Fahndung auf diese Gegenstände und den dieses Diebstahls bringend verdächtigen Heinrich Berenz von Kallnat, bei welchem nach jenen Gegenständen gesucht werden möge.
Freiburg, den 7. Dezember 1869.
Großh. bad. Amtsgericht.
Gräff.

Vermischte Bekanntmachungen.

5.649. Nr. 13.970. Karlsruhe.
Die Tilgung des 3 1/2 % Eisenbahnanlehens vom Jahr 1842 betr.

Die Tilgung der nach Maßgabe des Gesetzes vom 10. September 1842 und zufolge Genehmigung Großh. Finanzministeriums von obgenanntem Anlehen auf den 1. Juli 1870 zur Reimzahlung kommenden Obligationen im Betrage von 289,100 fl. wird

Wittwoch den 15. d. M., Nachmittags 3 Uhr, im Ständehaus dahier in Gegenwart einer Großh. Kommission öffentlich vorgenommen werden.
Karlsruhe, den 11. Dezember 1869.
Großh. bad. Eisenbahn-Schuldentilgungs-Kasse.
S e l m.

5.609. Radolzfell. (Gehilfenstelle.) Die 1. Gehilfenstelle dahier ist sogleich zu besetzen. Die Herren Bewerber darum, welche in Führung der Domänen- und Amtskassenrechnung geübt sind, wollen sich gefälligst baldmöglichst melden.
Radolzfell, den 9. Dezember 1869.
Großh. Domänenverwaltung.
T r a u.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

Mit einer Beil. und dem topograph. Bericht über die Verhandlungen der bad. Ersten Kammer. Zweiter Bog.